

Probleme internationaler Währungspolitik

Es gab Zeiten, da galt es als ein Gipfelpunkt der Weisheit, sich möglichst wenig um den Mechanismus des internationalen Zahlungsausgleichs zu kümmern. Dann gab es Zeiten, da hielt man es für äußerst klug, sich möglichst viel um den internationalen Zahlungsausgleich zu kümmern. Im vergangenen, angeblich so gottlosen Jahrhundert vertraute man der „unsichtbaren Hand“ Gottes und seinen Naturgesetzen. Im gegenwärtigen, sich so gottvoll dünkenden Jahrhundert gelangte man zur Überzeugung, daß der „unsichtbaren Hand“ Gottes — nicht nur in internationalen Währungsfragen — keineswegs zu trauen sei und man seine Naturgesetze daher durch menschliche Verordnungen zu ersetzen habe.

So kam es, daß an die Stelle des seinerzeitigen „Goldautomatismus“ die „Devisenzwangswirtschaft“ trat und an die Stelle weltweiter Wirtschaftsfreiheit ein volksbürokratischer Wirtschaftschrigismus, dessen tierischer Ernst nicht einmal vor Handelsverträgen haltmachte, in denen ungarische Tänzerinnen gegen bulgarische Gärtner getauscht wurden.

Heute — und damit meinen wir die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg — pendelt die öffentliche Meinung zwischen diesen beiden Extremen. Man vertraut zwar nicht Gott, aber man vertraut auch nicht den Bankiers. Man setzt seine Hoffnung vielmehr auf jene internationale Organisation, welche — *Internationaler Währungsfonds* (IWF) genannt — die Vorteile der Automatik mit den Vorteilen der Lenkbarkeit verbinden und uns herrlichen Zeiten entgegenführen soll. Daß dem indes nicht ganz so ist, das beweisen die heftigen Diskussionen, die in jüngster Zeit mit einer Leidenschaft geführt werden, „wie sie seit den Tagen von Bretton Woods nicht mehr zu beobachten war“¹⁾. Um zu verstehen, worum es dabei geht, empfiehlt es sich, etwas weiter auszuholen.

Vom „Goldautomatismus“ Zum Zusammenbruch der Goldwährungen

Als um die Jahrhundertwende die meisten Länder der Welt das Gold zu ihrer Währungsgrundlage gemacht hatten, da war dies deshalb geschehen, weil man sich dadurch die Vorteile einer Gesetzmäßigkeit sichern wollte, die einem erstens den Weg zu den Weltmärkten ebnete, die einen zweitens jeglicher Sorge um internationale Zahlungsmittel und

1) A. Stobbe, Neuere Vorschläge zur Reform des internationalen Währungssystems, in: Weltw. Arch. Bd. 87/2, S. 239.

eine richtige Geldmengenpolitik entthob und die einem drittens alle Vorteile einer freien Wirtschaftsordnung garantierte. Der Wimpermechanismus, dem man all das zutraute, war der sogenannte „Goldautomatismus“ mit seinem „oberen und unteren Goldpunkt“, und er wirkte folgendermaßen:

Angenommen ein Land sei — ganz gleich aus welchen Gründen — billiger als ein anderes. Es wird dann folgerichtig dazu kommen, daß die Händler des teureren Landes sich im billigen Land mit Waren einzudecken beginnen. Sie können diese Waren entweder in Gold oder in Devisen zahlen. Sie werden solange nicht in Gold bezahlen, als der — durch die vermehrte Nachfrage gestiegene — Devisenkurs die Kosten effektiver Goldverschickung nicht übersteigt. Dann allerdings wird Gold aus dem teureren Land ins billigere abfließen, denn dann ist der „obere Goldpunkt“ erreicht. Durch den Goldzufluß im billigen Land werden dort die Preise ähnlich steigen, wie sie durch den Goldabfluß im teureren Land allmählich fallen werden. Dadurch wird allenthalben eine Nivellierung des internationalen Preisniveaus erreicht und der internationale Handel in die Wege seiner komparativen Vorteile gelenkt.

Unter diesem System des „Goldautomatismus“ konnte es niemals dazu kommen, daß irgendein Land seine internationalen Zahlungsmittel verlor. Floß nämlich sein Gold ab und es hatte keine Goldbergwerke, um dafür Ersatz zu schaffen, so genügte die gegenläufige Entwicklung in den Preisniveaus der Länder, um die abgeströmten internationalen Zahlungsmittel in absehbarer Zeit wieder zurückzubringen. Nur eine Schwierigkeit gab es bei diesem Mechanismus, und diese bestand — für nicht goldfündige Länder — in der Beschaffung der notwendigen Erstausrüstung an Gold. War diese Hürde überwunden — und dafür fanden sich die mannigfachsten Methoden —, dann konnte man dem Mechanismus ruhig vertrauen und den Dingen ihren naturgesetzlichen bzw. gottgewollten Lauf lassen.

Dabei muß eines in aller Klarheit ausgesprochen werden: dieses System faszinierte nicht allein die Theoretiker, sondern es bestach auch die Praktiker, denn es funktionierte klaglos bis zum Beginn des ersten Weltkrieges.

Wenn sich nun — und damit greifen wir der Entwicklung insofern voraus, als wir die Ergebnisse der „Konferenz von Genua“ einstweilen beiseite lassen — „in der Nachkriegszeit ein fortschreitendes Versagen des Goldautomatismus herausstellte, so ist dies dadurch zu erklären, daß sein Funktionieren an eine Reihe von Voraussetzungen gebunden ist, die immer mehr zur Auflösung gelangten. Es handelt sich dabei namentlich um die freie zwischenstaatliche Goldbewegung, die von zahlreichen Staaten aufgehoben wurde, ferner um die freie Marktpreisbildung, die von Kartellen und Konzernen mannigfache Einschränkungen erfuhr, um die Behinderung des internationalen Güterausstausches durch Maßnahmen einer hochprotektionistischen Handelspolitik, um die Erstarrung des industriellen Kostenstandes infolge der zunehmenden Kapitalintensivierung und des verstärkten Einflusses der gewerkschaftlichen Lohnpolitik.

Zu den wirtschaftlichen trat eine Anzahl politischer Störungsfaktoren: die Politisierung des Goldes durch seine Verwendung zu Zwecken politischen Charakters, die Kriegstribute, deren Einseitigkeit der Leistungsübertragungen mit der Bedingung der Wechselseitigkeit der Waren- und Goldströme unvereinbar war, die aus den Tribut-eintreibungen entstandene enorme Auslandsverschuldung der Schuldnerländer, deren latente Gefährdung des Goldstandards auf Grund der Kreditabziehungen seit 1930 akut wurde, ferner die den Regeln der Goldwährung zuwiderlaufende Abwertung der intervalutarischen Kurse, die die unmittelbare Aufhebung der Goldpunkte bedeutete. Im Ergebnis der destruktiven politischen Faktoren, die ihren Ursprung vornehmlich in England, den Vereinigten Staaten und Frankreich hatten, vollzog sich die Verlagerung der monetären Goldreserven, die Goldkonzentration in einigen wenigen und die völlige

PROBLEME INTERNATIONALER WÄHRUNGSPOLITIK

Entblößung in der Mehrzahl der anderen Länder, die dem Marktmechanismus die letzten Reste seiner Substanz entzogen. Aus diesem Zusammenspiel der bezeichneten ökonomischen Entwicklungsvorgänge mit den verfehlten politischen Maßnahmen erklärt sich der völlige Zusammenbruch des internationalen Systems der Goldwährung²⁾ in den dreißiger Jahren.

Um indes der ganzen Wahrheit Ehre zu geben, so gesellte sich zu den aufgezählten Momenten noch die Scheinlösung der schon genannten Konferenz von Genua hinzu.

Die Scheinlösung der Konferenz von Genua

Der Goldautomatismus und die von ihm induzierte gegenläufige Bewegung in den Preisniveaus der Länder hatte deren wirtschaftliches Wachstum weitgehend vor Fehlentwicklungen bewahrt. Durch das Fehlen dieser Automatik während der vier Kriegsjahre hatten sich jedoch massive Strukturänderungen durchgesetzt, welche durch die protektionistische Wirtschaftspolitik der zahlreichen Nachfolgestaaten der alten Monarchie noch zusätzliche Verzerrungen erfuhren. Da alle diese wirtschaftlichen Fehlgeburten ihre eigene Außenwirtschaft haben mußten, fehlte es auf einmal an den hierfür nötigen internationalen Zahlungsmitteln. Man stand neuerlich vor dem Problem der Erstaussattung, und da es den Goldbesitzern nicht im Traum einfiel, den diversen Habenichtsen aus ihren Beständen etwas abzugeben, so verfiel man auf folgenden Ausweg:

Die Konferenz von Genua empfahl ganz einfach, die zu knappen Goldbestände in stärkerem Maße als bisher durch Devisen aufzufüllen. Diese Golddevisen sollten einerseits dazu dienen, den neuen Volkswirtschaften den nötigen internen Währungsspielraum zu verschaffen, und sie andererseits mit den fehlenden internationalen Zahlungsmitteln ausstatten.

Dieser „neue Mechanismus“ wirkte gänzlich anders als der alte, denn die Preisniveaus der Länder blieben von den Geldbewegungen völlig unberührt. Waren die Devisenreserven eines Landes durch allfällige Einfuhrüberschüsse aufgezehrt, so standen neue Devisenkredite in ausreichendem Maße zur Verfügung und der Gläubiger buchte die Auslandsforderungen noch dazu als Barschatz seiner eigenen Zentralbank. Der Kapitalexport verringerte also keineswegs mehr den inneren Geldumlauf, sondern er erhöhte ihn sogar. Derselbe Betrag stand aber auch beim Schuldner als Barschatz zu Buch und erhöhte dort den Geldumlauf. Durch diese — wie man heute sagt — „doppelte Binnengeldpyramide“ schwoll der Notenumlauf in allen Ländern an, und es kam überall zu einer inflationistischen Scheinprosperität.

Wie lange diese Kartenhäuser der „Golddevisenwährung“ indes bestehen konnten, hing im wesentlichen davon ab, wie lange die Gläubigerländer zu immer neuen Devisenkrediten bereit waren. Als nämlich Schluß damit gemacht wurde und die französische Staatsbank nach der Franc-Stabilisierung von 1928 keine weiteren Kredite mehr gab und überdies die alten abzurufen begann, da zeigte sich mit einem Male, daß alle Schuldner zusammen nicht so viele Goldreserven besaßen, um ihren Auslandsverpflichtungen nachkommen zu können. Die Ära des „geborgten Reichtums“ ging zu Ende. Die Volkswirtschaften wurden illiquide, und das ganze kunstvolle Gebäude des internationalen Zahlungsaufbaus begann zu wanken, bis ihm die — bereits genannten — einseitigen Reparationsleistungen Deutschlands den letzten Stoß versetzten. Also kam es zum Zusammenbruch. Der „neue Mechanismus“ hatte vollkommen versagt. Die Irrtümer der Konferenz von Genua waren klar zutage getreten.

2) K. Muhs, Vom Goldautomatismus zur Währungsautonomie, in: Deutsche Geldpolitik (Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Gruppe Wirtschaftswissenschaft, Nr. 4), Berlin 1941, S. 216/17.

Wenngleich der „neue Mechanismus“ auch versagt hatte, so war doch das nachfolgende Regime der „Devisenbewirtschaftung“ viel zu unerträglich, als daß man es länger als unbedingt nötig ertragen wollte. Man stand also — während des zweiten Weltkriegs in den westlichen Ländern — vor der Alternative, entweder zum „Goldautomatismus“ zurückzukehren oder aus den Fehlern von Genua zu lernen und einen „verbesserten Mechanismus“ zu ersinnen. Man entschied sich für einen Kompromiß, und so kam es 1944 zur Gründung des Internationalen Währungsfonds, der eine Art „gemanagter Währungsautomatik“ sein will, d. h. eine Mischung von Freizügigkeit und Interventionismus. Die angeblich „große Errungenschaft des in Bretton Woods gegründeten Internationalen Währungsfonds war, daß innerhalb eines weltumfassenden öffentlich-rechtlichen Abkommens:

- a) bestimmte sachliche Grundsätze für das Zahlungssystem der Welt formuliert wurden (z. B. fixe Paritäten als Grundlage der Integrierung der Wechselkurse aller Staaten, fixe Preise für offizielle Goldtransaktionen);
- b) daß eine gemeinsame sekundäre Währungsreserve errichtet wurde;
- c) daß die Verfassung und Verwaltung des internationalen Zahlungssystems auf eine institutionelle Grundlage gestellt wurden, die die Anpassung der Organisation an wechselnde Umstände vorsieht³⁾.

Die Hauptaufgabe des IWF besteht naturgemäß darin, die alte Goldautomatik zu ersetzen und den Fondsmitgliedern die benötigten internationalen Zahlungsmittel zu beschaffen. Dementsprechend heißt es im Artikel V/2: „Vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen dieses Abkommens beschränken sich die Geschäfte für Rechnung des Fonds auf Transaktionen, die bezwecken, einem Mitglied auf seinen Antrag die Währung eines anderen Mitglieds zu verschaffen, und zwar im Austausch gegen Gold oder gegen die Währung des Mitglieds, das den Kauf vorzunehmen wünscht.“ Die fondseigenen Mittel werden durch Einzahlungen seitens der Mitglieder aufgebracht, die dieselben teils in Gold, teils in eigener Währung vorzunehmen haben. Da sich die Höhe der Beiträge nach der Wirtschaftskapazität der Mitglieder richtet, so ergibt sich ein überwiegender Fondsbestand in Dollar und Pfund Sterling, welche beiden Währungen demnach auch als „die internationalen Reservewährungen“ bezeichnet werden.

Im Jahre 1957 stellte sich heraus, daß die Fondsmittel nicht mehr ausreichten — Grund hierfür war die englische Zahlungskrise —, und es wurde eine Erhöhung derselben im darauffolgenden Jahre vorgenommen. Offensichtlich reichte aber auch diese Erhöhung nicht aus, denn in den Jahren 1959/60 wurden abermals einflußreiche Stimmen laut, die eine neuerliche Erhöhung der Mittel forderten. Die Wiener Tagung des Internationalen Währungsfonds im vorigen Jahre stand ganz im Zeichen dieser prekären Situation, und es kam zu einer sogenannten „kleinen Reform“, die darin besteht, daß sich einige zahlungsbilanzstarke Mitglieder bereit erklärten, dem Fonds Sonderkredite in ihren Valuten einzuräumen, wenn es die internationale Zahlungslage erfordere. Diese Kredite dürfen indes sofort abgezogen werden, wenn sich die Zahlungsbilanz des Kreditgebers verschlechtert.

„Zu solcher Kreditgewährung haben sich bereit erklärt: die Vereinigten Staaten, Kanada, Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland, Schweden, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande, Japan. Insgesamt werden auf diese Weise bereitgestellt rund 6 Md. Dollar, die das Potential an internationaler Liquidität erhöhen, die aber nur bei erheblicher Störung der Gleichgewichte abgerufen werden sollen. Von der Gesamtsumme

3) E. P. Hexner, Das Problem der internationalen Liquidität und die Inanspruchnahme der finanziellen Mittel des Internationalen Währungsfonds durch die Vereinigten Staaten, in: *Welrw. Arch.* Bd. 87/2, S. 208/09.

fallen auf die USA 2 Md, auf Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland je 1 Md., auf Frankreich und Italien je 550 Mill., auf Japan 250 Mill., auf die Niederlande und Kanada je 200 Mill., auf Belgien 150 Mill., auf Schweden 100 Mill. Dollar.“⁴⁾

Für alle, die in der Versorgung mit internationalen Zahlungsmitteln nur ein Quantitätsproblem sehen, mußte diese „kleine Reform“ der Wiener Tagung eine brauchbare Lösung bedeuten. Die anderen jedoch, die dem IWF an sich kritisch gegenüberstehen, teilen diesen Optimismus nicht. Sie halten vielmehr das ganze gegenwärtige System für verfehlt, doch ermangelt — wie uns scheinen will — ihre Kritik der nötigen Einhelligkeit.

Kritik und Reformvorschläge zum gegenwärtigen System

Selbst wenn man nur die wichtigsten Stimmen herausgreift, so wird man doch erstaunt sein, zu welch gegensätzlichen Schlußfolgerungen die diversen Kritiker gelangen. Das nimmt ihren Argumenten viel von ihrer Überzeugungskraft und hilft, die Dinge auf die lange Bank zu schieben und sich mit Flickwerk zu begnügen.

a) Die Kritik Rueffs:

Sie trifft das gegenwärtige System des Gold-Devisen-Standards an seiner schwächsten Stelle, indem sie aufzeigt, wie unheilvoll sich das Fehlen der Geldrestriktion — wie sie unter der alten Goldautomatik jeden Goldabzug begleitete — für die Wirtschaft auswirkt. „Das internationale Währungssystem sieht sich damit auf das kindliche Spiel reduziert, bei dem alle Beteiligten übereinkommen, nach jeder Partie die Einsätze an diejenigen zurückzugeben, die sie sonst verloren hätten.“⁵⁾ Da die Defizitbeträge >der einzelnen Reservewährungsländer von den Gläubigern nicht abgezogen werden, sondern im Schuldnerland stehenbleiben, so ergibt sich bei diesem System „das wunderbare Geheimnis eines schmerzlosen Defizits, das erlaubt zu geben, ohne zu nehmen, zu verleihen, ohne zu entbehren, zu erwerben, ohne zu zahlen“⁶⁾. Dazu kommt noch die „doppelte Binnengeldpyramide“, die auf ein und derselben Golddevisenbasis aufbaut — nämlich einmal im Gläubiger-, das andere Mal im Schuldnerland — und dort zu inflatorischen Aufblähungen des Geldumlaufs führt.

Gegen diese — dem gegenwärtigen System innewohnende — Tendenz zur Kreditinflation gibt es nur einen Ausweg: ein langsames Rückkehren zur Goldautomatik.

Ähnlich wie *Rueff* argumentieren auch noch *Palyi*, *Vocke* und *M. A. Heilperin*.

b) Die Befürchtungen Triffins:

Genau zu den gegenteiligen Schlußfolgerungen wie *Rueff* kommt *Triffin*. Nicht eine Überliquidität an internationalen Zahlungsmitteln und eine darauf fußende Kreditgeldinflation sei zu befürchten, sondern eine deflationistische Entwicklung in den beiden Reservewährungsbereichen. Da der Umfang des Welthandels wächst, müßten sich die beiden Reservewährungsländer zu immer größeren Zahlungsbilanzdefiziten bequemen, um die notwendigen internationalen Zahlungsmittelmengen in ausreichendem Maße bereitzustellen. Das aber scheint ihm auf die Dauer unwahrscheinlich und unmöglich, da die Reservewährungen diese Belastung einfach nicht aushalten und die Wirtschaften der Reservewährungsländer auch nicht.⁷⁾

Als einzigen Ausweg aus dem Dilemma der Verwendung nationaler Zahlungsmittel als internationale Reserven empfiehlt *Triffin* eine Umwandlung des IWF in eine Art

4) O. Veit, Golddevisenstandard und Weltwährungsreform, in: Zeitschr. f. d. ges. Staatswissenschaft, Bd. 118/2, S. 237.

5) und 6) J. Rueff, Die Gefahren des Gold-Devisen-Standards, in: Neue Zürcher Zeitung Nr. 174 (175/176) 1961.

6) R. Triffin, Gold and the Dollar Crisis. The Future of Convertibility, New Haven 1960, S. 70 ff.

Weltzentralbank, ein Projekt, das auf *Keynes* zurückgeht, und die Mitglieder verpflichten würde, einen Teil ihrer Gold- und Devisenreserven auf den reformierten IWF zu übertragen, der ihnen dafür entsprechende Guthaben in einer „Bancor“ genannten Weltwährung einräumt. Der Fonds könnte dann als Weltzentralbank auch eine entsprechende Weltgeldschöpfung betreiben — nicht unbegrenzt natürlich, sondern nur rund 3 vH im Jahr —, was angeblich genügen würde, um jeglichen Weltgeldmangel fernzuhalten. Ähnliche Gedanken wie *Triffin* vertreten auch *Franks* und *Balogh*.

c) *Die Anregungen Hahns:*

Sie liegen in völlig anderer Richtung als die Ausführungen der Rueff- und Triffin-Gruppe und laufen samt und sonders auf die Freigabe der zur Zeit gebundenen Wechselkurse hinaus, von der man die Lösung sämtlicher Probleme erwartet.⁸⁾ Auch *Vocke* hält „das System der juristisch garantierten, zementierten Paritäten, die, unabhängig von der Realität, von tatsächlichen Wertveränderungen festgehalten, vorgeschrieben, aufgezwungen werden, für abgewirtschaftet“⁹⁾. Er wünscht zwar kein völlig freies Auspendeln der Kurse, da dadurch der Spekulation Tür und Tor geöffnet würden, aber immerhin ein unvergleichlich breiteres Band als jetzt. Insbesondere die unter dem gegenwärtigen System unterbleibenden internationalen Anpassungen der wirtschaftlichen Leistungsstrukturen würden dadurch eintreten können.

Neben den Genannten vertreten auch *Meade*, *Machlup*, *Friedman* und *Reithinger* diese Zielsetzungen.

d) *Die Gruppe der Reformer:*

Diese ist grundsätzlich mit dem herrschenden System einverstanden, doch hält sie einen gewissen Ausbau desselben für empfehlenswert. *P. Jacobsson* z. B. plädiert gegebenenfalls für die Möglichkeit des Fonds, Anleihen in knappen Währungen vornehmen zu können. Zeitweilige Engpässe würden dadurch überbrückbar. *Bernstein* hingegen bangt — hierin *Triffin* ähnlich — um das Schicksal der Reservewährungen. Er hält es indes für ausreichend, wenn die Fondsmittel (vor allem der Reservewährungsländer) gleichzeitig den nationalen Reserven (dieser Länder) zugerechnet werden könnten und entsprechende Ziehungsrechte auch ohne Fondszustimmung möglich wären. Mehr in der Richtung *Jacobssons* wiederum liegen die Vorschläge von *Zolotas*, der schon vor längerer Zeit die — inzwischen verwirklichte — Anregung gab, derzufolge Zahlungsbilanzüberschußländer dem Fonds sogenannte „standing-by“-Kredite geben sollten. Etwas außer der Reihe, aber doch im Rahmen der Reformvorschläge, steht die Auffassung *Harrods*, der einfach eine massive Erhöhung des Goldpreises empfiehlt, um dem internationalen Zahlungsmittelmangel abzuhelpfen.

e) *Die Ansicht Haberlers:*

Sie verdient insofern gesonderte Erwähnung, weil *Haberler* die Lösung aller internationalen Währungsprobleme einfach in einer markt- und leistungskonformen Zahlungsbilanzpolitik sieht und den einzelnen Ländern eine dementsprechende Disziplin auferlegt sehen möchte. Da aber eine solche Politik einen gewissen Handlungsspielraum haben muß, so meint auch *Haberler* die fixen Wechselkurse aufgeben zu müssen. Eine nationale Währungsschziplin wie *Haberler*¹⁰⁾ fordert übrigens auch *R. Auboin*¹¹⁾, ohne indes die diesbezüglichen Möglichkeiten zu überschätzen. Isoliert betrachtet wären sie übrigens unzureichend. Sie könnten erst im Zusammenspiel aller Länder den gewünschten Erfolg erzielen.

8) A. Hahn, Geld und Kredit, Währungspolitische und konjunkturtheoretische Betrachtungen, Frankfurt 1960, S. 93 ff.

9) W. Vocke, Starre oder flexible Wechselkurse — oder ein Schritt vorwärts?, in: Neue Zürcher Zeitung Nr. 196/1961.

10) G. Haberler, Das Dollarproblem. Bemerkungen zur Frage der internationalen Zahlungsbilanzen, in: Weltw. Arch. Bd. 87/2 S. 171 ff.

11) R. Auboin, Ist eine moderne monetäre Disziplin möglich? in: Neue Zürcher Zeitung Nr. 314/1961.

Zusammenfassung

Um nun — trotz der aufgezeigten Meinungsvielfalt und der Widersprüche in den Argumenten — zu einem abschließenden Bild zu kommen, muß man sich folgendes vor Augen halten:

Der Goldautomatismus hat so lange funktioniert, solange man ihn funktionieren ließ. Auch die Golddevisenwährung der Zwischenweltkriegszeit, mit ihren wesentlich schwierigeren Arbeitsbedingungen, erfüllte ihre Aufgabe so lange, als sich die Wirtschaftspartner den Spielregeln entsprechend verhielten und den „Schwarzen Peter“ nicht immer denselben Leidtragenden zuschanden wollten. Der nachmalige Zusammenbruch war denn auch weit weniger systembedingt als eine Folge der Mißbräuche, die mit dem System getrieben wurden. Die Erbauer des „modernen Mechanismus“ wußten das und versuchten durch den institutionellen Rahmen, allfälligen neuen Mißbräuchen zu steuern, und man kann nicht umhin zuzugeben, daß ihnen das — bisher zumindest — nicht einmal so schlecht gelungen ist.

Ob also in Hinkunft irgendeinmal irgendwelche der geäußerten Befürchtungen wahr werden oder nicht, hängt weit weniger von der Schlüssigkeit der gebotenen Argumente ab, sondern weit mehr von 'der Konsequenz (oder Inkonsequenz) der internationalen Wirtschafts- und Währungspolitik. Bleibt man sich der Interdependenz der Weltwirtschaft bewußt — und handelt man danach — dann wird der „neue Mechanismus“ mit allfälligen geringfügigen Reformen ausreichen und seine Aufgabe erfüllen. Fällt man jedoch — ganz gleich aus welchen Gründen — in einen landweisen Wirtschaftsegoismus zurück, dann wird der „neue Mechanismus“ scheitern und auch durch keinerlei Reformen am Leben zu erhalten sein.

Das ist's, was abschließend zu sagen wäre, denn daß der „neue Mechanismus“ — so wie jeder andere auch — seine Tücken in sich birgt, das wissen wir ja alle. Das ist bei jedem Motor so, und man kann nie vorhersagen, welcher der vielen möglichen Defekte zuerst auftreten wird.

Schutz der Demokratie ist Aufgabe des DGB

Der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat auf seiner Sitzung am 24. Juli 1962 in Düsseldorf folgenden Beschluß gefaßt:

Bei Gefährdung der demokratischen Grundordnung oder der demokratischen Grundrechte sowie bei Gefährdung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung ist es Aufgabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes, zu einem allgemeinen Streik aufzurufen.

Die deutschen Arbeitnehmer, ihre Gewerkschaften und, der Deutsche Gewerkschaftsbund sind berechtigt und verpflichtet, notwendigenfalls mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Erhaltung des freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates einzutreten.

Nur dort, wo die Demokratie sich frei und sozial entfalten kann, gibt es eine freie, unabhängige Gewerkschaftsbewegung; wie es nur dort, wo eine freie, unabhängige Gewerkschaftsbewegung wirken kann, eine Demokratie gibt.